

Hälfte des 14. Jhs. eine Unterstellung ihrer Städte auch in steuerlichen Belangen erreichen und sich somit auf Grund ihrer prinzipiellen Steuerfreiheit ein Bewilligungsrecht bei außerordentlichen Steuerforderungen des Königs sichern konnten, hatten die königlichen Städte, die weiterhin der Steuerpflicht unterlagen, kaum Einwirkungsmöglichkeiten. Die Entwicklung zur Disproportionalität der Stände hatte also bereits in den Steuerprivilegien König Ludwigs (1370—1382) ihre Wurzeln. Eine weitere wichtige Ursache liegt in der Verpfändungspolitik der jagiellonischen Herrscher, die der Vf. im zweiten Teil eingehend behandelt. Über 90 v. H. der königlichen Städte sind zum Zwecke der Geldbeschaffung oder aus politischen Gründen zeitweise oder auf Dauer in die Hände adliger Pfandherren geraten und auf diesem Wege zumindest teilweise auf den Status untertäniger Städte abgesunken. Nahezu die Hälfte des gesamten Bandes (S. 201—376) ist einer detaillierten, unmittelbar aus den Quellen geschöpften Geschichte der einzelnen verpfändeten Städte in den Gebieten von Kujawien, Sieradz, Łeczyca, Wieluń und Kleinpolen während des 15. und zu Beginn des 16. Jhs. gewidmet.

L. hat seine Erkenntnisse und Schlußfolgerungen dank einer umfassenden Quellen- und Literaturkenntnis für das 14. und 15. Jh. auf eine solide Basis gestellt. Gewisse Zweifel scheinen dem Rezensenten allerdings angebracht hinsichtlich mancher Thesen im Eingangskapitel über die Genese der Stadtsteuer im Hochmittelalter; hier ist die Quellenlage doch mitunter allzu unsicher bzw. es sind die schlesischen Quellen und die deutsche Literatur dazu, die wertvolle Schlüsse auch auf die späteren Kronterritorien zulassen, nicht in zureichendem Maße ausgewertet worden. Ob die Herzöge des 13. Jhs. bei Steuererhebungen tatsächlich immer an die Zustimmung der Magnaten gebunden waren (S. 27 ff.), erscheint doch äußerst fraglich, auch wenn gewisse Bemühungen um ein Steuerbewilligungsrecht deutlich werden. Ein allgemein gültiger, genau fixierter „Katalog von Steuergründen“ (S. 43, Anm. 58) hat sich auch in Schlesien nicht durchsetzen lassen; vielmehr galten die angeführten Privilegien eben nur für bestimmte kirchliche Besitzungen, und selbst hier war die faktische Durchführung keineswegs immer gesichert. Die Frage der Steuerentwicklung im Zeitraum vor der Wiederherstellung des Königreichs Polen bedarf noch einer ähnlich breit untermauerten und komparatistisch vertieften Untersuchung, wie sie hier der Vf. für das Spätmittelalter vorgelegt hat.

Weimar-Wolfshausen

Winfried Irgang

Henryk Wisner: Zygmunt III. Wasa. [Sigismund III. Wasa.] (Szkice z dziejów Polski.) Wydawnictwa Szkolne i Pedagogiczne. Warschau 1984. 125 S. 21 Abb. u. Ktn. i. T.

Die vorliegende Veröffentlichung schildert in populärwissenschaftlicher Weise, d. h. unter Verzicht auf einen Anmerkungsapparat, das Leben des ersten aus dem schwedischen Hause Wasa stammenden polnischen Königs Sigismund III. Er ist von seinen Zeitgenossen und späteren Geschichtsschreibern völlig unterschiedlich beurteilt worden. Während die einen beispielsweise positiv hervorhoben, er habe Polen in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt, kritisierten andere sein Versagen bei der Verbesserung der inneren Struktur des Staates. Das hier zu rezensierende Buch will nicht die Gründe für die von dem König getroffenen Entscheidungen erhellen, sondern beschränkt sich auf die Beschreibung der einzelnen Vorgänge. Damit ist der wissenschaftliche Wert dieser Publikation, die sich im wesentlichen mit der Wiedergabe bereits bekannt-

ter Fakten begnügt, stark eingegrenzt. Eher dürfte sie den interessierten Laien ansprechen, dem an einem summarischen Überblick über die Regierungszeit dieses bedeutenden Monarchen gelegen ist. In erster Linie sind hier die Polen angesprochen, wofür der Verzicht auf eine Zusammenfassung in einer westlichen Sprache ein Beleg ist. Bedauerlich ist, daß damit ein befruchtender Dialog mit ausländischen, z. B. deutschen und schwedischen Historikern weitgehend unterbunden ist.

Das gut lesbare, reich illustrierte Buch beginnt mit der Schilderung der Ereignisse des Jahres 1587, die von der nahezu gleichzeitig erfolgten Doppelwahl des schwedischen Thronfolgers Sigismund und des habsburgischen Erzherzogs Maximilian bestimmt sind und die tiefgehende Zerrissenheit des polnischen Adels erkennen lassen. Während sich Sigismund, der durch seine Mutter Katharina ein Enkel des polnischen Königs Sigismund I. (1506—1548) war, vor allem auf den allmächtigen Kanzler Jan Zamoyski und den kleinpolnischen Adel stützte, war Maximilian der Kandidat des Magnatengeschlechts der Zborowskis, das sich in einem erbitterten Konflikt mit Zamoyski befand, sowie der päpstlichen Kurie. Zu den Thronbewerbern gehörte auch Zar Fedor Ivanovič, der sich jedoch keine wirklichen Chancen ausrechnete und nur eine für seinen Staat bedrohliche polnisch-schwedische Union verhindern wollte. Günstig für Sigismunds Position wirkte sich seine Zusage aus, nach seiner Regierungsübernahme in Schweden Estland an Polen abzutreten, ein Versprechen, das er allerdings nicht einlösen konnte.

Im folgenden schildert der Vf. die Landung Sigismunds in Danzig und seine Reise nach Krakau, das kurz zuvor erfolglos von den Anhängern Maximilians belagert worden war. Nachdrücklich hebt der Vf. hervor, daß Sigismund in Danzig die polnischen Abgesandten in ihrer Muttersprache begrüßte. Seit dem Tode des Jagiellonen Sigismund II. August (1572) sei es das erste Mal gewesen, daß ein polnischer Herrscher „der Sprache seiner Untertanen mächtig war“. Es dürfte indes verfehlt sein, daraus eine „nationale“ Einstellung des schwedischen Kronprinzen ableiten zu wollen. Schon bald nach dem Regierungsantritt des neuen Königs kam es zwischen ihm und dem nach seinem Sieg über Maximilian noch selbstbewußter gewordenen Kanzler Zamoyski zu Spannungen, deren Ursachen der Vf. folgendermaßen treffend umschreibt: „Der eine war König — der andere glaubte, daß nur er allein wisse, wie man regieren müsse“ (S. 14). Während Zamoyski in Sigismund eine gefügige Marionette in seinen Händen sah, strebte dieser ein Regiment nach spanischem Muster an, das sich auf den katholischen Klerus und die Magnaten stützte. Angesichts dieser Schwierigkeiten, die auf dem Pazifikationsreichstag im Frühjahr 1589 voll sichtbar wurden, und der unübersichtlichen Lage in Schweden, die die Anwesenheit Sigismunds in seinem Heimatland erforderte, entschloß sich dieser zum Verzicht auf den polnischen Thron zugunsten des habsburgischen Erzherzogs Ernst, eines Bruders von Maximilian. Als Abfindung sollte Sigismund von dem Habsburger 400 000 Gulden erhalten, d. h. die Summe, die dem schwedischen Hof aus der Mitgift der polnischen Prinzessin Katharina zustand und die bisher nicht bezahlt worden war. Obwohl der Gedanke des Thronverzichts nicht zur Ausführung kam, rissen die hier geknüpften Kontakte Sigismunds zu den Habsburgern nicht ab. Sie fanden ihren Ausdruck in der Stärkung des katholischen Klerus, vor allem der Jesuiten, von denen Piotr Skarga zum Hofprediger und einflußreichen Berater des Königs aufstieg, und in der 1592 erfolgten Eheschließung des Monarchen mit der Erzherzogin Anna, einer Schwester des späteren Kaisers Ferdinand II. Auch in der Außenpolitik zeichnete sich ein Einschwenken Sigismunds

in habsburgisches Fahrwasser ab, das für den größten Teil seiner Regierungszeit bestimmend sein sollte.

Danach behandelt der Vf. die Beziehungen Sigismunds zu Schweden, die vor allem von der ungeklärten Estland-Frage beherrscht wurden. Sie förderte den Bruch zwischen dem nach dem Tode seines Vaters Johanns III. zum schwedischen König gekrönten Sigismund und den schwedischen Ständen, der durch dessen Bekenntnis zum katholischen Glauben noch vertieft wurde. Auf breiter Front ging die von Sigismunds Onkel Karl von Södermanland geführte Opposition gegen den Monarchen vor, erklärte die lutherische Konfession zur Staatsreligion und vertrieb die Katholiken aus ihrer letzten Bastion in Schweden, dem Brigittenkloster in Vadstena, dessen Insassen sich nach Danzig begaben. Die Vertreibung Sigismunds aus seinem Stammland — die 1599 unter der Bedingung der lutherischen Erziehung in Schweden erfolgte Wahl seines vierjährigen Sohnes Wladyslaw zum schwedischen König konnte er nicht akzeptieren — und die unterbliebene Abtretung Estlands an Polen führten 1600 zum Ausbruch des schwedisch-polnischen Krieges um den Besitz Livlands. Nach dem Fall Rigas und dem schwedischen Sieg bei Wallhof (1626) zeichnete sich die Niederlage Polens in diesem Konflikt ab, der sich in den folgenden Jahren nach Preußen verlagerte. Eingehend beschäftigt sich der Vf. mit der Errichtung einer polnischen Flotte, die 1627 unter dem Befehl des Danziger Admirals Dickmann den Schweden eine Niederlage beibrachte, jedoch — wie auch die Kontakte Sigismunds mit Habsburg, Spanien und Dänemark — die sich abzeichnende Vormachtstellung Schwedens im Ostseeraum nicht aufzuhalten vermochte. Nach Ansicht des Vfs. waren für die polnische Niederlage die bessere Führung und Disziplin der schwedischen Truppen und das zunehmende Desinteresse des polnischen Adels an der Weiterführung dieses langandauernden Krieges, der als Privatangelegenheit Sigismunds betrachtet wurde, verantwortlich.

Nachteilig auf die Kriegführung gegen Schweden wirkte sich auch die Bindung starker polnischer Kräfte in den Konflikten mit der Türkei und dem Zartum Moskau aus. Während sich der erstere im wesentlichen in Grenzkämpfen erschöpfte und den Status quo herstellte, handelte es sich im Krieg gegen Moskau um das letzte entscheidende Ausgreifen der Adelsrepublik nach Osten überhaupt.

Im folgenden zeichnet der Vf. den Regierungsstil Sigismunds III. und den wachsenden Einfluß der katholischen Kirche in Polen nach. Ob dieser allerdings bei der Wahl seiner militärischen und zivilen Ratgeber immer eine glückliche Hand hatte, erscheint zweifelhaft, sahen doch die von ihm zu Kanzlern oder Unterkanzlern berufenen Angehörigen der Familien Leszczyński, Łubieński, Sapieha und Radziwiłł darin die Möglichkeit, die Machtbasis ihrer Geschlechter auf Kosten der Krone zu erweitern. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das vom Vf. erstellte Verzeichnis sämtlicher Großwürdenträger Polen-Litauens zur Zeit Sigismunds III.

Dem Vf. ist zuzustimmen, wenn er die Regierung Sigismunds trotz unbestrittener Einzelerfolge im ganzen negativ beurteilt. So hatten im Bereich der Außenpolitik weder der Krieg gegen Schweden noch der moskowitische Feldzug die erwünschten Ergebnisse erbracht. Hier wurden schon die Weichen für die spätere Großmachtentwicklung Schwedens und Rußlands gestellt. Auch im Innern konnte Sigismund nicht — trotz aller Anstrengungen — die Macht der Krone durch einen zentralistischen Ausbau des Staates stärken. Seine Versuche einer Reform des Finanz- und Heerwesens verliefen erfolglos, und es gelang ihm auch nicht, das Doppelreich Polen-Litauen in einen Einheitsstaat umzuwandeln.

Wesentliche Dinge, wie z. B. die Union von Brest (1596), bleiben in dem vorliegenden Buch ausgespart. Auch das Verhältnis Sigismunds zum Herzogtum Preußen wird nur am Rande gestreift. Besonders störend macht sich das Fehlen eines Orts- und Personenregisters bemerkbar. Es ist zu hoffen, daß einmal eine auf der objektiven Auswertung der Quellen beruhende, wissenschaftlich fundierte Biographie dieses bedeutenden Königs geschrieben wird. Das hier angezeigte populärwissenschaftliche Buch kann vielleicht einen Anstoß dazu liefern.

Berlin

Stefan Hartmann

Edmund Makowski: Ruch robotniczy w Wielkopolsce. Zarys dziejów do 1981 roku. [Die Arbeiterbewegung in Großpolen. Abriß ihrer Geschichte bis 1981.] (Biblioteka kroniki Wielkopolski.) Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. A. Mickiewicza, Posen 1984. 326 S., deutsche Zufass.

Im vorliegenden Buch wird mehr als ein Jahrhundert der Arbeiterbewegung behandelt. Aber es ist nicht nur aus diesem Grunde ein bemerkenswertes Buch, sondern besonders deswegen, weil dargestellt wird, wie die Arbeiterbewegung hier in einer nationalen Gemengelage mit sehr unterschiedlichen, ja teilweise zuwiderlaufenden Interessen zu wirken hatte und weil dieses schwierige Problem in seiner ganzen Differenzierung ohne allzu lästige Vereinfachungen zufriedenstellend abgehandelt wurde, obwohl das Buch nur ein Grundriß ist. Die Art und das Maß, wie die Aufgabe gelöst wurde, sind für viele andere Grundrisse beispielgebend, wenngleich einige Einwände noch zu formulieren sind. Die Arbeit zeugt aber von einer anerkennenswerten Gewissenhaftigkeit des Vf. bei dem schwierigen und zudem noch politisch vielfältig belastetem Thema. Sie räumt auch mit vielen bisherigen Tabus auf.

Der Grundriß ist in vier Kapitel eingeteilt: die Arbeiterbewegung zur Zeit Preußens (S. 9—63), im freien Polen (S. 64—156), unter dem „Hitler-Terror“ (S. 157—168) und in Volkspolen (S. 169—310). Bei dieser Stoffverteilung ist gegen die Zuordnung von Zeitablauf und Seitenzahl einiges einzuwenden, weil eine schwerwiegende Disproportion für den Stoff der Zeit vor und nach 1945 entsteht. Allerdings ist dies auch ein Problem dessen, was im letzten kopflastigen Kapitel des Buches dargestellt wird. Und da macht der Vf. doch einiges mit seinen Ausführungen über das „Aufblühen des stalinistischen Systems“, „Verschlechterung der Lebensbedingungen“ und „Posener Juni 1956“ für die vierziger und fünfziger Jahre und über die „Zunahme der Krisensituation und die Propaganda des Erfolges“, „Juni-Vorkommnisse 1976“ und „schwierige Jahre 1980—1981: Notizen zum Geschehen“ für die siebziger und achtziger Jahre wieder gut.

Allerdings wird auf diesem Hintergrund ein methodisches Problem offenbar: Während bis 1945 eine Geschichte der Arbeiterbewegung sehr differenziert vermittelt wird, ist es für die Zeit nach 1945 eine Darstellung, die politische Organisationsgeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im polnischen Staatsverband verbindet, weil für die Jahre nach 1945 die Geschichte der Arbeiterbewegung methodologisch zu einer Geschichte des von der „Arbeiter“-Partei repräsentierten und geführten Staates verschmolzen wird, in dem sich Arbeiterbewegung und staatstragende Partei als Einheit begreifen.

Der Vf. macht verständlich, wie schwierig es in Großpolen für die Sozialdemokratie war, unter polnischen Arbeitern Fuß zu fassen. Lassalles Preußengläubigkeit, die Vorstellungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) über den „deutschen“ Volksstaat und die späteren staatspolitischen